

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 12.09.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Islamisches Kulturzentrum  
Am Meeresbrunnen 3  
06122 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:38 Uhr bis 18:45 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Ute Haupt	DIE LINKE. – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Eric Eigendorf	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Nico Teschner	Bereichsleiter Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter für Bildung und Soziales
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Herr Jörg Baus	Fachbereichsleiter FB Soziales
Frau Annerose Winter	Abteilungsleiterin Soziale Hilfen FB Soziales
Frau Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin FB Gesundheit
Frau Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung FB Gesundheit
Frau Andrea Simon	Controllerin Geschäftsbereich IV
Herr Djamel Amelal	Vorsitzender des Islamischen Kulturzentrums
Herr Dr. Tarek Ali	Stellv. Vorsitzender des Islamischen Kulturzentrums
Herr Berthold Krause	Geschäftsführer Stadtinsel e. V.
Frau Estrid Thiel	Systemische Beraterin Stadtinsel e. V.

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Frau Helga Schubert	LIGA
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin FB Gesundheit
Herr Norbert Böhnke	amt. Leiter DLZ Familie

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Vorziehung des Berichtes der Geschäftsführung des Jobcenters Halle sowie Bildung und Teilhabe vor die Vorstellung des Stadtinsel e. V.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Vorstellung des islamischen Kulturzentrums und Rundgang
4. Genehmigung der Niederschriften vom 13.6.2013, 27.6.2013 und 10.7.2013
5. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
6. Bericht Bildung und Teilhabe
7. Vorstellung der Arbeit des Stadtinsel e. V.
8. Beschlussvorlagen
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Mitteilungen
12. Beantwortung von mündlichen Anfragen
13. Anregungen

### zu 3      **Vorstellung des Islamischen Kulturzentrum e. V. und Rundgang**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt **Herrn Djamel Amelal, Vorsitzender des Islamischen Kulturzentrum e. V.** und **Herrn Dr. Tarek Ali, Stellvertretender Vorsitzender des Islamischen Kulturzentrum e. V. und Vorsitzender des Ausländerbeirates** und erteilte ihnen das Wort.

**Herr Amelal, Vorsitzender des Islamischen Kulturzentrum e. V.**, bedankte sich bei den Ausschusmitgliedern dafür, dass sie der Einladung gefolgt sind und für die Möglichkeit, die Arbeit des Kulturzentrums vorstellen zu können. Er informierte darüber, dass das Zentrum seit 2007 hier in diesen Räumen ist. Der Vorstand besteht aus acht Mitgliedern (sechs Männer, zwei Frauen). Hier treffen sich Besucher aus 40 verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund im friedlichen Miteinander.

**Herr Dr. Ali, Stellvertretender Vorsitzender des Islamischen Kulturzentrum e. V.**, freut sich über den Besuch des Ausschusses und bedankt sich ebenfalls dafür, die Arbeit hier vorstellen zu dürfen. Er erläuterte anschließend die vielfältigen Kooperationen, Angebote der Beratung und Betreuung der Migrantinnen und Migranten, z. B. Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten, Universität, Begleitung zu Behörden und Ämtern, Hilfe bei der Wohnungssuche, Rat und Hilfe (Einsatz von Sprachkompetenzen) bei medizinischen Behandlungen (Ärztensuche, Pflege, Seelsorge). Besonders hervorgehoben wurde die Jugendarbeit, die aktive Arbeit der Frauengruppe. Mittwochs findet ein Mädchencafé statt sowie die Projektarbeit im Jugend- und Seniorenbereich. Beim Bedarf an Übersetzern kann man sich gern an ihn wenden. Er lädt die Ausschusmitglieder zum bundesweiten Tag der offenen Tür aller Moscheen am 3. Oktober 2013 ein. Dieser wird veranstaltet, um z. B. Vorurteile abzubauen, Aufklärung zu betreiben und gemeinsame Begegnungsmöglichkeiten mit allen Interessierten zu schaffen.

Er erläuterte die Übersetzung des Wortes Moschee – „Ort der Versammlung“, hier gehe es nicht um das Gebet.

Zur Verbesserung der Kommunikation und Abbau von Barrieren werden Integrationskurse, Sprachkurse sowie Hausaufgabenhilfe für Schulkinder angeboten. Alle Angebote im Zentrum sind ehrenamtlich. Im Rahmen der Gebetszeiten wird das Freitagsgebet (ca. 300 Personen) am meisten genutzt. Im Hause werden auch Feierlichkeiten ausgerichtet, z. B. Verlobung, Hochzeit, Geburt usw.

**Herr Dr. Ali, Stellvertretender Vorsitzender des Islamischen Kulturzentrum e. V.**, nannte verschiedene Schulen (z. B. Ethikunterricht), Vereine, Organisationen, Kirchen, die Martin-Luther-Universität, mit denen vielfältige Kontakte bestehen und gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden, z. B. Dialogforen und Projektbegleitungen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bedankte sich bei den Vertretern des Zentrums für die Ausführungen und ließ anschließend Fragen zu.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, fragte nach den Sorgen, die das Zentrum hat und ob es z. B. Probleme mit beschmierten Wänden gibt. **Herr Amelal, Vorsitzender des Islamischen Kulturzentrum e. V.**, nannte hier besonders die Darstellung in den Medien, die nicht der Wirklichkeit entspricht und zu Missverständnissen führt. Schmierereien wären nicht das Problem.

Der Rundgang durch die Räumlichkeiten des Zentrums fand nach TOP 6 statt.

#### **zu 4 Genehmigung der Niederschriften vom 13.6.2013, 27.6.2013 und 10.7.2013**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, wies auf das heute verteilte Austauschblatt zur öffentlichen Niederschrift vom 27.6.2013 mit Korrektur des Abstimmungsergebnisses TOP 3.2. hin und fragte, ob es Hinweise zu den Niederschriften gäbe. Dies wurde verneint.

Sie bat um Abstimmung zu den Niederschriften einschließlich Austauschblatt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

#### **zu 5 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle** sowie **Herrn Teschner, Bereichsleiter Jobcenter Halle**, und erteilte Herrn Teschner das Wort.

**Herr Teschner, Bereichsleiter Jobcenter Halle**, erläuterte den aktuellen Kreisreport mit Stand August 2013, welcher an die Mitglieder des Ausschusses ausgeteilt wurde.

Anschließend erläuterte **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, die aktuellen Zahlen zu Bildung und Teilhabe SGB II per 31.3.2013. Diese Statistik wurde den Ausschussmitgliedern ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Das Jobcenter informierte, dass die Zahl der Kinder 0 – 14 Jahre im SGB II steigt.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, ließ nun Fragen zu.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte, ob es Familien mit mehreren Anträgen gibt. Kann man Mehrfachanträge auseinander halten? Er bat um eine Statistik zur nächsten Sitzung. Dies wurde vom Jobcenter zugesichert. Genannt werden konnten zurzeit 9.000 Kinder mit verschiedenen Anträgen, besonders Mittagessen und Lernförderung.

**Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion**, fragte zu Jugendlichen ohne Lehrvertrag, sei dies ein Grund für die Erhöhung der Zahlen im August. **Herr Teschner, Bereichsleiter Jobcenter Halle**, bestätigte, dass dies mit dazu beigetragen haben könnte. Weiterhin fragte **Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion**, nach Programmen zur Ausbildung. **Herr Teschner, Bereichsleiter Jobcenter Halle**, informierte über bis zu 35 Bundesprogrammen zur Ausbildung, die auch genutzt würden.

Für **Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, war die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sehr hoch und fragte, wie Halle mit anderen Städten im Vergleich gesehen werden kann.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wies darauf hin, dass Halle bundesweit den 1. bzw. 2. Platz nach Gelsenkirchen einnehme, problematisch sei vor allem die steigende Zahl der Kinder im Alter von 0 – 14 Jahren im SGB II, welche durch mangelnde Chancen eine hohe Herausforderung für den kommunalen Haushalt darstellen. Steigende Anzahl Kinder = Steigerung der Kita-Gebührenermäßigung.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, sprach an, dass Qualifizierung dazu beitragen sollte, auf dem 1. Arbeitsmarkt vermittelt zu werden.

## zu 6 Bericht Bildung und Teilhabe

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat **Frau Simon, Controllerin Geschäftsbereich IV**, um Erläuterung der Statistik, welche den Ausschussmitgliedern vorgelegt wurde. **Frau Simon, Controllerin Geschäftsbereich IV**, sah eine positive Entwicklung in verschiedenen Angebotsbereichen. 2013 steht das Angebot „zusätzliche und angemessene Lernförderung“ im Vordergrund. Über Schulsozialarbeit werden Lehrer und Eltern angesprochen. Sie sprach außerdem die Änderungen bei der Gewährung der zusätzlichen und angemessenen Lernförderung bei vorliegenden Teilleistungsstörungen an. Ein weiteres Aufgabenfeld sei die sprachliche Entwicklung. Dies wird versucht, in das Gesetz einzubringen. Klassenfahrten können ab. 1.8. als Geldleistung an die Eltern ausgereicht werden. Weiterhin informiert sie über die Arbeitsgruppensitzung des Landes im Juni.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, bat darum, sich weiterhin stark zu machen bei der Anerkennung der Förderung bei Teilleistungsstörungen. **Frau Simon, Controllerin Geschäftsbereich IV**, sagte, der Gesetzgeber hat Normen vorgegeben, hier wird sich um Änderung bemüht.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bedankte sich bei **Frau Simon, Controllerin Geschäftsbereich IV**, für die Informationen.

## zu 7 Vorstellung der Arbeit des Stadtinsel e. V.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte **Herrn Krause, Geschäftsführer des Stadtinsel e. V.** sowie **Frau Thiel, Systemische Beraterin**. recht herzlich und erteilte ihnen das Wort.

**Herr Krause, Geschäftsführer Stadtinsel e. V.**, bedankte sich für die Einladung und informierte über die Arbeit seines Vereins und der Psychosozialen Beratungsstelle. Die Geschäftsräume am Hallmarkt 1 sind barrierefrei auch mit Rollstuhl zu erreichen. Es gibt eine kostenlose Beratung für die Stadt Halle und den Saalekreis. Ein wichtiges Ziel sei die Vermeidung von Klinikaufenthalten. Es gibt vier Gruppen- und Beratungsräume. Die Beratungsstelle sei 50 Stunden in der Woche geöffnet, von Montag bis Freitag jeweils von 8.00 bis 18.00 Uhr. Mittwochs gibt es eine Sprechstunde für Angehörige psychisch Kranker. Leider sind die Wartezeiten ein Problem. Auf einen Gesprächstermin wartet man zurzeit sechs Wochen. Partner der Beratungsstellen seien z. B. das Jobcenter, der Sozialpsychiatrische Dienst, Ärzte, Krankenkassen usw.

**Frau Thiel, Systemische Beraterin**, teilte mit, dass es zurzeit 16 Selbsthilfegruppen mit unterschiedlichen Krankheitsbildern gibt. Bevor jemand aufgenommen werde, gibt es ein Vorgespräch, um ohne direkten Zugang zu den Gruppen diese geschützt bleiben. Es finden wöchentliche Treffen für ca. 1 bis 1 ½ Stunden statt, die Gruppenstärke sei bis zu 12 Mitglieder. Der Zulauf zu den Gruppen sei hoch.

**Herr Krause, Geschäftsführer Stadtinsel e. V.**, teilte mit, dass 2010 ein betriebliches Gesundheitsmanagement eingeführt wurde, da die Mitarbeiter durch den Kontakt mit den Klienten sehr belastet werden. Der Saalekreis beteiligt sich an der Finanzierung. Die Selbsthilfegruppenarbeit wird mit durch die Stadt Halle finanziert.

Dem Protokoll wird eine Präsentation des Stadtinsel e. V. beigelegt, hier können detaillierte Informationen nachgelesen werden.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bedankte sich bei Frau Thiel und Herrn Krause und ließ Fragen zu.

**Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion**, erinnerte daran, dass Prof. Maneros immer wieder die Krankenkassen gebeten habe, sich mit zu beteiligen. Wird hier weiterhin versucht, hier etwas zu erreichen? **Herr Krause, Geschäftsführer Stadtinsel e. V.**, teilte mit, dass es nun eine Steuerungsgruppe mit Beteiligung aller Krankenkassen gibt, jedoch unterstütze nur die AOK seit 1993 mit einem Beratervertrag. Das Problem sei, dass hier die Instrumentarien fehlen, wenn Patienten aus dem Krankenhaus kommen und dann in ein Loch fallen. Die Wartezeiten bei Psychologen liegen zurzeit bei ca. einem Jahr. Es müsste ein ambulanter psychiatrischer Pflegedienst implementiert werden.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, fragte nach Kontakten zu Labyrinth e. V. und Seelensteine und wie die hohe Nachfrage bewältigt werden könne. **Herr Krause, Geschäftsführer Stadtinsel e. V.**, antwortete, dass es eine gute Zusammenarbeit mit Seelensteine und der Begegnungsstätte bei Labyrinth e. V. gibt. Der Zulauf ist kaum zu bewältigen, hier gibt es viel ehrenamtliche Tätigkeit. Der Verein hat zwei Beraterinnen und eine Verwaltungskraft Die 16 Selbsthilfegruppen werden nebenbei betreut. Eine Stelle mehr wäre sehr wünschenswert, um die Arbeit zu verbessern.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sprach an, dass diese Leistungen z. T. aus dem SGB V finanziert werden müssen. Alle Arbeitsgemeinschaften sind informiert. Die Finanzierung sei nicht allein Sache der Kommune. Er bat darum, die Öffentlichkeit zu informieren, dass hier der kommunale Haushalt nicht allein unterstützen kann, sondern hier unbedingt auch die Krankenkassen gefragt sind.

**Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion**, meinte, die Zahlen gehen ständig nach oben und das Problem werde in der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte den Vertretern der Stadtinsel e. V. und wünschte für die weitere Arbeit viel Erfolg.

#### **zu 8        Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

#### **zu 9        Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

#### **zu 10      schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 11      **Mitteilungen**

Es wurde den Ausschussmitgliedern eine Mitteilung zur Umsetzung des § 17 FAG (Ausgleich der Mehrausgaben, die den Landkreisen und kreisfreien Städten durch die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes entstehen) zur Verfügung gestellt.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, teilte mit, dass das Land auf unsere Anfrage reagiert und 560.000 Euro der Stadt überwiesen hat. Dies stellt einen Ausgleich dar für den Mehrbedarf aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes im letzten Jahr. Aufgrund dieses Urteils wurden die Regelsätze für Asylbewerber deutlich angehoben. Noch nicht entschieden ist, ob die Stadt auch die erhöhten Kosten die aufgrund der erhöhten Zuweisungen von Asylbewerbern entstehen, ersetzt bekommt. Hier macht die Stadt Druck, dass der Stadt diese Kosten noch in diesem Jahr erstattet werden. Monatlich werden ca. 50 Asylbewerber mehr zugewiesen, hier ist die Leistungsfähigkeit im Fachbereich Soziales überschritten und eine Personalaufstockung unbedingt erforderlich. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, ergänzte, dass in den Nachrichten zu hören war, dass Deutschland 5.000 Syrer aufnehmen wird. Heute Morgen erhielt er einen Anruf vom Innenministerium, dass eine neunköpfige Familie Halle zugewiesen wird. Hier müssen Unterbringung und Betreuung abgesichert werden. Das ist ein Beispiel, weil ansonsten die Zahlen so abstrakt sind.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sprach an, dass bei dieser Erhöhung auch mehr Personal benötigt wird und aus diesem Geld des Landes mifinanziert werden soll.

**Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration**, wies darauf hin, dass hier besonders für die Kinder unbedingt auch eine psychologische Betreuung erforderlich ist.

**Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, informierte zu den Fällen mit Kryptosporidien in Halle. Dies sind Parasiten, welche häufig im Trinkwasser vorkommen. Es gab 120 Erkrankungsmeldungen und drei stationäre Aufnahmen. Seit gestern nehmen die Meldungen ab. Bundes- und Landesbehörden sind eingeschaltet. Die Bäder waren Verteiler, nicht Auslöser. Das Trinkwasser war es nicht, jedoch ist bei Verdacht das Abkochgebot vorgeschrieben. Besonders betroffen sind Kinder, vor allem im Grundschulalter.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, unterstrich, dass die Zahlen die höchsten in Deutschland nach 1945 sind. Das Bundesumweltamt sowie zwei Mitarbeiter des Robert-Koch-Institutes waren in Halle.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte nach dem Hochwasser als mögliche Ursache. **Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, kann dies nicht ausschließen.

**Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion**, fragte, ob die Kinder in den Bädern waren. Dies beantwortete **Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, mit ja, aber sie waren auch woanders. Bodenproben in Bädernähe werden noch untersucht, das Ergebnis steht noch aus.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, teilte mit, dass **Herr Raik Müller, CDU-Fraktion**, ein Kommunalverfassungsstreitverfahren beim Verwaltungsgericht Halle angestrengt hatte. Er hatte beantragt, dass der Beschluss des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, der Schöpfkelle die Fördermittel auszuzahlen, nicht vollzogen werden dürfe. Im Laufe dieses Verfahrens hat er dann allerdings das Verfahren für erledigt erklärt. Das Verwaltungsgericht hat daraufhin das Verfahren eingestellt. Das Gericht hat allerdings auch festgestellt, dass dem Antrag sowohl der erforderliche Anordnungsanspruch als auch der Anordnungsgrund gefehlt hat. Zum einen ist der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss kein beschließender Ausschuss – daher reiche die Stadtverwaltung auch die Fördermittel aus – zum anderen steht auch den Stadträten kein allgemeiner Rechtsüberprüfungsanspruch zu.

Sie wies weiter darauf hin, dass **Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, beim Landesverwaltungsamt Beschwerde wegen der Sondersitzung eingelegt hat. Hier geht es um Klärung der Frage, ob die Voraussetzungen einer Einberufung zu einer Sondersitzung vorgelegen haben. Ein Ergebnis steht noch aus.

#### **zu 12 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Es gab keine mündlichen Fragen.

#### **zu 13 Anregungen**

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, regte an, die Einladung der Geschäftsführerin der Selbsthilfekontaktstelle in den Themenspeicher aufzunehmen.

**Herr Eigendorf, sachkundiger Einwohner SPD-Fraktion**, fand es gut, eine einen interessanten Einblick erhalten zu haben in die Vereinsarbeit des Kulturzentrums und bat darum, auch andere konfessionelle Einrichtungen zu besuchen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, wies darauf hin, dass es hier häufig Platzprobleme gibt, da kaum ein Raum so groß sei, dass der Ausschuss dort tagen könnte.

**Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion**, bat hier um Verschiebung nach der Kommunalwahl.

**Herr Bonan, SPD-Fraktion**, regte an, die Themenwahl besser zu gestalten und nicht so viel auf einmal zu behandeln, sich eher intensiv mit einer Sache zu beschäftigen. Es war auffällig, dass die Aufmerksamkeit bei den Ausführungen des Stadtinsel e. V. nachgelassen hatte. Es war zu sehen, dass dies den Vertretern des Vereins auch aufgefallen war.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.10.13

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Martina Kerner  
Protokollführerin